

Tendenz



Info der Radikaldemokratischen Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Radikaldemokratischen Bildungswerk e.V. Netzwerk der ehemaligen Jungdemokrat*innen/Junge Linke, DJD, LHV, Radikaldemokratischen Hochschulgruppen, und des LSD.
www.radikaldemokratische-stiftung.org

Nr. 1/2023 22.2.2023

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde, der Krieg Russlands gegen die Ukraine geht im Winter brutal weiter. Waffenlieferungen haben zweifellos geholfen, ein Überrennen der Ukraine durch Russland zu stoppen. Immer wichtiger wird nun die Frage, wie Europa und Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht der EU eine Strategie entwickeln können, um einen Verhandlungsweg zu eröffnen, der diesen Krieg begrenzen und beenden kann. Ohne die USA ist das nicht möglich, das hat der Besuch Joe Bidens bei Selenskij gezeigt.

Die Erklärungen beider Seiten lassen vermuten, dass dieser Krieg so bald nicht enden wird und dass Wege zu einer Europäischen Friedensordnung derzeit nicht von den Europäern gesucht und gefunden werden.

Viele von uns nahmen in der Vergangenheit an "tätiger Ostpolitik" teil, haben internationale Jugendaustausch-Dialog- und Begegnungsmaßnahmen im "kalten Krieg" und danach besucht. Diese waren immer als Beitrag gemeint, zu verhindern, dass es in Europa je wieder Krieg geben dürfe. Wir sind immer

noch fassungslos angesichts dieses Krieges, aber wir sind überzeugt, dass Verständigung wichtiger ist, denn je.

Mitte des letzten Jahres gab es eine Tendenz, Kritik oder Zweifel am Krieg zu diffamieren. Die "Schwarze Liste" der Ukrainischen Zensurbehörde, auf der sich neben Alice Schwarzer auch einer unserer Experten, Prof. Johannes Varwick befindet, macht deutlich, dass manche in der Ukraine nicht verstanden haben, was die Regeln einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft sind. Von einem schnellen EU-Beitritt ganz abgesehen. Unverständlich auch, dass Selenskij per Gesetz verboten ist, direkte Friedensverhandlungen mit Russland zu führen.

Richtig ist aber aus unserer Sicht auch, dass die Politik in Deutschland und Europa eine gemeinsame Strategie für einen Frieden entwickelt, um nicht von der US-Außenpolitik völlig abhängig zu sein. Denn die ist mittelfristig nicht zuverlässig berechenbar. Wird Trump in zwei Jahren erneut Präsident, muss sich Europa auf einen Abzug der USA ähnlich der Flucht aus Afghanistan einrichten.

Außerdem werden wir alle weiter auf diesem Planeten ums Überleben der Menschengemachten Klimakatastrophe kämpfen müssen. Ein Grund mehr, eine Strategie für einen Interessenausgleich in Europa zu entwickeln - auch wenn das derzeit nicht machbar erscheint.

Hierzu haben wir mit unserer Veranstaltung am 25./26.8.2022 in Berlin einen kleinen Beitrag geleistet. Die Diskussionen dort sind aufgezeichnet und auf Datenträger (blue Ray oder usb-Stick) bestellbar.

Wir wünschen Euch trotzdem ein Jahr in der Hoffnung auf Frieden, die Verhinderung einer Rutschbahn in die nukleare Eskalation persönlich Gesundheit und Glück. Warum ist Glück so wichtig? Nun, die ganz überwiegende Zahl der Passagiere der "Titanic" war völlig gesund...

Herzlichst

Der Vorstand des RDB e.V.

Spendenaufruf:

Viele ehemalige Jungdemokrat*innen JD/JL haben uns angefragt, ob es eine Möglichkeit gibt, die Veranstaltung **digital im Livestream** zu verfolgen und teilzunehmen. Um eine solche Veranstaltung im Livestream und mit der Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen, in hoher Qualität einzurichten, bedarf es bei professionellen Dienstleistern einen hohen vierstelligen bis niedrigen fünfstelligen Betrag in Euro. Das können wir uns mit unserem beschränkten Etat nicht leisten.

Ihr könnt mithelfen, das zu verbessern, indem Ihr spendet und uns damit in Zukunft die Durchführung echter hybrider Veranstaltungen ermöglicht.

Wir freuen uns über Eure Spende auf das Konto **unter Angabe von Namen, Anschrift** unter dem Stichwort "Digitale Veranstaltungen" **auf das Konto IBAN DE75 3806 0186 4906 4770 12 BIC GENODED1BRS**

Radikaldemokratisches Bildungswerk e.V. Ihr könnt Euch danach auf eine Spendenquittung des Bildungswerks freuen, die Ihr steuermindernd bei Eurem Finanzamt einreichen könnt.

Ja zum "Manifest für den Frieden"

Von Susanne Willems

Ja zum "Manifest für Frieden": Rüstungslieferungen stoppen!

Unterschrieben habe ich den bei change.org publizierten Aufruf, als noch keine fünftausend das von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht zirkulierte "Manifest für Frieden" unterstützten. Inzwischen werden sich mehr als 600.000 Menschen die einzige Forderung des Texts öffentlich zu eigen gemacht haben: "Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt!" Diese politische Forderung ist richtig, weil sie dem Krieg Grenzen setzen kann, und weil sie im eigenen Land durchsetzbar ist.

Ein langes Jahr hat Kriegspropaganda das öffentliche Reden vernebelt. Die 69 Erstunterzeichner, Frauen und Männer des öffentlichen Lebens und verschiedenster beruflicher und politischer Herkunft, lassen Vernunft in die Debatte über den Krieg zurückkehren. Ihr Aufruf weckt mehr öffentliche Zustimmung als die partiellen Aufrufe aus der Friedensbewegung dies zur Zeit vermögen: innerhalb der Jahrzehnte erfahrenen und spezialisierten sachkundigen Friedensbewegung scheiden sich die Geister zwischen denen, die den in der Ukraine seit neun Jahren eskalierten Krieg für die blutige Erscheinung eines nordamerikanisch-unionseuropäischen Wirtschaftskriegs gegen Rußland halten, und denen, die allein Rußland die Urhebererschaft am Krieg in der Ukraine zuschreiben und in ihren Freiräumen im transatlantischen Gehege von "freedom and democracy" vollbeschäftigt die Rüstungslieferungen aus Deut-

schland an die ukrainische Armee beschweigen.

"Dein Reden sei ja, ja oder nein, nein - alles andere ist von Übel". Die eine innenpolitisch entscheidbare Forderung des "Manifests für Frieden", die Rüstungslieferungen aus Deutschland zu stoppen, mobilisiert die Menschen gegen den Krieg. Sich ihnen zu öffnen, ist Aufgabe der thematisch agierenden Friedensorganisationen und der lokalen Friedensbündnisse, um die öffentliche Meinungsbildung wiederzubeleben und die Handlungsfähigkeit gegen den Krieg zurück zu gewinnen. Deshalb rufe ich dazu auf, an den Kundgebungen von lokalen Bündnissen der Friedensbewegung teilzunehmen - in Berlin auch an der am Samstag, 25. Februar. Rüstungslieferungen blockieren begrenzt den Krieg. Die Arsenale von Atomwaffen, die in Deutschland lagern und von deutschem Boden aus gesteuert werden, verifizierbar außer Bereitschaft zu setzen, kann den Atomkrieg verhindern, auf den die vom nachholenden Sieg über Rußland besessenen Kriegslieferanten ohne Halt zusteuern. Köpenick, den 22. Februar 2023



Warum wir den Aufruf von Wagenknecht und Schwarzer nicht unterschrieben haben

Von Roland Appel und Dieter Hummel

Zwei sonst eher politisch nicht kompatible Politikerinnen haben

einen Aufruf verfasst, der unter der Überschrift "[Manifest für den Frieden](#)" firmiert und so mit einem hohen Anspruch in die mediale Öffentlichkeit drängt. Auf den ersten Blick formuliert er scheinbar emphatische Positionen die für viele ansprechend und unterstützenswert scheinen. Aber wie immer lohnt ein zweiter Blick.

Kernfrage ausgeblendet

Niemand wird der Forderung nach Verhandlungen widersprechen, insofern ist diese Forderung wohlfeil, denn um die Kernfrage, wie denn Russland jetzt an den Verhandlungstisch zu bringen wäre, mogeln sich die Autorinnen und mit ihnen die Unterzeichner*innen herum. Russland bombardiert weiter Menschen und zivile Infrastruktur - warum aber sollte es gerade jetzt verhandeln? Darauf geben sie keine Antwort. Politisch würde der Aufruf zu Verhandlungen doch erst dann, wenn auch ein Weg zu diesen Verhandlungen benannt würde. Solange dies nicht passiert, bleibt die Forderung populistisch und gleichzeitig antiaufklärerisch. Antiaufklärerisch, weil sie so tut, als bedürfte es nur eines Aktes des Angegriffenen oder seiner Unterstützer, und schon würde verhandelt. Dieses Angebot am besten noch verbunden mit einem Stopp der Waffenlieferungen, darauf hoffend, dass der Aggressor das Angebot auf Verhandlungen auch annimmt und nicht auf die Idee kommt, einfach weiterzumachen, soll wirken?... Wer nur das als Lösung anbietet, blendet einen Teil der Vorgeschichte zum Krieg komplett aus. Nämlich dass vor Kriegsausbruch tatsächlich geredet wurde und die Verhandlungen, von de-

nen wir nicht wissen – ob es vielleicht keine echten waren oder ob sie an beiden Seiten, gescheitert sind. Bis Russland den Krieg begonnen hat. Einen Zwang Russlands, die Verhandlungen 2022 nicht weiterzuführen, sondern anzugreifen, können wir nicht erkennen. Es blendet auch die Gespräche zu Beginn des Krieges zwischen Russland oder der Ukraine in Belarus und in der Türkei aus. Auch diese blieben ohne Erfolg. ...

Eine differenzierte Friedensdebatte ist bitter notwendig

Auch wir sind der Meinung, dass der öffentliche Diskurs, der gerade geführt wird, auf militärische Mittel verengt ist. Für uns ist aber unstrittig: Ein Land, das angegriffen wird, hat das völkerrechtlich abgesicherte Recht, sich zu verteidigen und sich auch dazu der Unterstützung von anderen Staaten zu bedienen und um diese zu bitten. Damit ist noch nicht die Frage beantwortet, wie weit die Verpflichtung zur Unterstützung reicht und ob sie bedingungslos besteht. Und es ist nicht die Frage beantwortet, wie die jeweiligen Interessen des angegriffenen Landes – das können durchaus andere sein als die der Unterstützerländer – und die der Unterstützer gegeneinander abgewogen werden. Und im konkreten Fall, wie einzelne Länder, z.B. die Bundesrepublik, sich vor ihrer historischen Verantwortung dazu stellen können und sollten. Und dazu bedarf es einer differenzierten Diskussion, die im Getöse der Leoparden-Diskussion untergegangen ist und nun droht, weiter von der Debatte

über Kampfjets verdrängt zu werden.

Kein moralischer Rigorismus

Damit stellen wir uns bewusst gegen den Rigorismus der Protagonisten beider Seiten – derjenigen, die wussten oder wissen, dass man immer mehr Waffen liefern müsste, um Frieden zu schaffen, und derjenigen, die gegen jede Waffenlieferung sind. Die monstranzhaft vor sich hergetragene Überzeugung, die Wahrheit gepachtet und über das allein seligmachende Wissen zur Lösung des Konflikts zu verfügen, finden wir – zurückhaltend formuliert – irritierend und nicht aufklärerisch. Beide Haltungen sind moralisch überhöht und rational ungenügend unterfüttert. Und sie werden von einer Position der Allwissenheit, zumindest über das, was passiert oder nicht passiert, geführt.

Vom "Siegen" und "nicht verlieren"

Alle wissen, dass Kriege, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Verhandlungstisch entschieden werden. Das gilt für klassische Kriege, in denen sich Armeen gegenüberstehen wie jetzt in der Ukraine, oder für asymmetrische Kriege wie in Afghanistan. Kriege enden, wenn keine Seite mehr die Möglichkeit sieht, zu gewinnen. Das erfordert eine klare Definition dessen, was „gewinnen“ heißt. Da gibt es leider auf Seiten der Ukraine mehr Unklarheit als auf Seiten Russlands. Russland will die Ukraine als eigenständigen Staat und eigenständige Kultur beseitigen. Das hat Putin in mehreren Reden klar gesagt. Es gibt keinen Grund, ihn da nicht ernst zu nehmen.

Was „gewinnen“ für die Ukraine heißt, wird immer unklarer. Die Regierung nennt dazu die Vertreibung russischer Truppen aus dem ganzen Staatsgebiet der Ukraine in den Grenzen von 1991, also einschließlich des Donbas‘ und der Krim. Ob dies von den Unterstützern geteilt wird, ist unklar. Nicht einmal in der Bundesregierung, denn es ist ein bemerkenswerter Unterschied, wenn der Kanzler sagt: "Putin darf nicht gewinnen" und die Außenministerin: "Die Ukraine muss siegen." Auch diese Debatte ist es wert, offen geführt zu werden. Sie wird zwar manchmal gefordert, aber von niemandem geführt und wäre auch rechtlich und moralisch heikel.

Konkret: Ist es an der Regierung oder an Menschen in der Bundesrepublik, darüber zu entscheiden, ob der Donbas oder die Krim abgegeben werden sollen, oder ist das Aufgabe der ukrainischen Regierung und Bevölkerung? Und was ist dann, wenn die ukrainische Haltung zur Folge hätte, dass die Unterstützung immer größeren Umfang anzunehmen hat und die Konfrontation immer unkalkulierbarer und grösser wird? Ist es dann Aufgabe der Unterstützerländer, die Ukraine dazu zu zwingen, Staatsgebiet abzugeben und dem Aggressor faktisch zu Hilfe zu kommen?

Wen spricht der Aufruf (vor allem auch) an?

Der Aufruf vermeidet die klare Verurteilung völkerrechtlicher Verstöße Russlands durch den Angriffskrieg und die aus dem Völkerrecht erwachsenden Rechte der Ukraine, erwähnt die reaktionären Hintergründe der russischen Aggression nicht. ... Der Aufruf vermeidet Formulierungen, die Rechtsextremisten

Vermächtnis einer Pazifistin

eine Zustimmung erschweren könnten. Rechtsextremisten sind keine Friedensfreunde, keine Pazifisten und auch keine Demokraten. Das zu übersehen und die Stoßrichtung dieses Appells damit zu entpolitisieren, wäre ein fataler Fehler und antiaufklärerisch.

Wenig überraschend wurde der Aufruf schon von führenden AfD-Politikern mitgezeichnet. Damit steht er in der Tradition der nach rechts offenen Aktionen von Teilen der Friedensbewegung im Herbst 2022.

Es geht um den Kurs der Friedensbewegung

Mag sein, dass es zu anderen Zeiten in der "alten Friedensbewegung" der 80er Jahre egal war, "wer da noch mit unterschreibt". Aber 2023 und nach der Beteiligung von Neonazis und Hooligans an sogenannten "Friedensdemonstrationen" ist das etwas anderes geworden. Was und mit wem, ist die Frage, die politisch-strategisch zu beantworten ist für jeden und jede Einzelne, die diesen Aufruf unterzeichnen.

Das Konglomerat, das da jetzt zusammenfindet, aber nicht zusammen gehört, ist keine neue Friedensbewegung, hat in Wirklichkeit kein gemeinsames politisches Ziel. Es ist möglich, auch in dieser Frage friedenspolitische Forderungen zu formulieren, die nicht für Rechte und Rechtsextreme anschlussfähig sind. Zwei so erfahrenen Autorinnen wie Wagenknecht und Schwarzer wäre dies ohne weiteres möglich gewesen. Wenn dies trotzdem nicht geschehen ist, ist das sicher kein Versehen.

Von Antje Vollmer

„Was ich noch zu sagen hätte“ - Die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages kritisiert die Grünen dafür, dass sie sich vom Pazifismus abgewendet haben. Im Essay formuliert sie ihr politisches Fazit. Ein Gastbeitrag (zuerst erschienen in der [Berliner Zeitung](#)).

Ich stand auf dem Bahnhof meiner Heimatstadt und wartete auf den ICE. Plötzlich näherte sich auf dem Nebengleis ein riesiger Geleitzug, vollbeladen mit Panzern – mit Mardern, Geparden oder Leoparden. Ich kann das nicht unterscheiden, aber ich konnte geschockt das Bild lesen. Der Transport fuhr von West nach Ost.

Es war nicht schwer, sich das Gegenbild vorzustellen. Irgendwo im Osten des Kontinents rollten zur gleichen Zeit Militärtransporte voller russischer Kampfpanzer von Ost nach West. Sie würden sich nicht zu einer Panzerschlacht im Stile des ersten Weltkrieges irgendwo in der Ukraine treffen.

Nein, sie würden diesmal erneut den waffenstarrenden Abgrund zwischen zwei Machtblöcken markieren, an dem die Welt sich vielleicht zum letzten Mal in einer Konfrontation mit möglicherweise apokalyptischem Ausgang gegenübersteht. Wir befanden uns also wieder im Kalten Krieg und in einer Spirale der gegenseitigen existenziellen Bedrohung – ohne Ausweg, ohne Perspektive. Alles, wogegen ich mein Leben lang politisch gekämpft habe, war mir in diesem Moment präsent als eine einzige riesige Niederlage.

Bei Geschichte ist es immer wichtig, von welchem Anfang

man sie erzählt

Es ist üblich geworden, zu Beginn jeder Erwähnung der ungeheuren Tragödie um den Ukraine-Krieg wie eine Schwurformel von der „Zeitenwende“, vom völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskrieg Putins bei feststehender Alleinschuld der russischen Seite zu reden und demütig zu bekennen, wie sehr man sich geirrt habe im Vertrauen auf eine Phase der Entspannung und der Versöhnung mit Russland nach der großen Wende 1989/90.

Diese Schwurformel wird wie ein Ritual eingefordert, wie ein Kotau, um überhaupt weiter mitreden zu dürfen. Die Feststellung ist ja auch nicht falsch, sie verdeckt aber häufig genau die zentralen Fragen, die es eigentlich zu klären gäbe.

Wo genau begann die Niederlage? Wo begann der Irrtum? Wann und wie entstand aus einer der glücklichsten Phasen in der Geschichte des eurasischen Kontinents, nach dem nahezu gewaltfreien Ende des Kalten Krieges, diese erneute tödliche Eskalation von Krieg, Gewalt und Blockkonfrontation? Wer hatte Interesse daran, dass die damals mögliche friedliche Koexistenz zwischen Ost und West nicht zustande kam, sondern einem erneuten weltweitem Antagonismus anheimfiel?

Und dann die Frage aller Fragen: Warum nur fand ausgerechnet Europa, dieser Kontinent mit all seinen historischen Tragödien und machtpolitischen Irrwegen, nicht die Kraft, zum Zentrum einer friedlichen Vision für den bedrohten Planeten zu werden? Für die Deutung historischer Ereignisse ist es immer entscheidend, mit welchen Aspekten man beginnt, eine Geschichte zu erzählen.

Russlands große Vorleistung des Gewaltverzichts

Ich widerspreche der heute üblichen These, 1989 habe es eine etablierte europäische Friedensordnung gegeben, die dann Schritt um Schritt einseitig von Seiten Russlands unter dem Diktat des KGB-Agenten Putin zerstört worden sei, bis es schließlich zum Ausbruch des Ukrainekrieges kam.

Das ist nicht richtig. Richtig ist: 1989 ist eine Ordnung zerbrochen, die man korrekter als „Pax atomica“ bezeichnet hat, ohne dass eine neue Friedensordnung an ihre Stelle trat. Diese zu schaffen, wäre die Aufgabe der Stunde gewesen. Aber die visionäre Phantasie Europas und des Westens in der Wendezeit reichte nicht aus, um sich das haltbare Konzept einer stabilen europäischen Friedensordnung auszudenken, das allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion einen Platz verlässlicher Sicherheit und Zukunftshoffnungen anzubieten vermocht hätte.

Zwei Gründe sind dafür entscheidend. Beide haben mit alten europäischen Irrtümern zu tun: Zum einen wurde der umfassende wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 einseitig als triumphaler Sieg des Westens im Systemkonflikt zwischen Ost und West interpretiert, der damit endgültig die historische Niederlage des Ostens besiegelte. Dieser Hang, sich zum Sieger zu erklären, ist eine alte westliche Hybris und seit jeher Grund für viele Demütigungen, die das ungleiche Verhältnis zum Osten prägen.

Die Unfähigkeit, nach so umfassenden Umbrüchen andere gleichberechtigte Lösungen zu suchen, hat in dieser fatalen Überheblichkeit ihre Hauptursache. Vor allem aber wurde so das ungeheure und einzigartige Verdienst der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow mit einer verblüffenden Ignoranz als geringes Geschenk der Geschichte eingeordnet: Die große Vorleistung des Gewaltverzichts in der Reaktion auf das Freiheitsbestreben der Völker des Ostblocks galt als nahezu selbstverständlich.

Michail Gorbatschow hat viele seiner Bürger enttäuscht

Das aber war es gerade nicht. Bis heute ist erstaunlich, ja unfassbar, wie wenig Gewicht dem beige-messen wurde, dass die Auflösung eines sowjetischen Weltimperiums nahezu gewaltfrei vonstatten ging. Die naive Beschreibung dieses einmaligen Vorgangs lautete dann etwa so: Wie ein Kartenhaus, hochverdient und unvermeidlich, sei da ein ganzes System in sich zusammengesackt.

Dass gerade diese Gewaltfreiheit das größte Wunder in einer Reihe wundersamer Ereignisse war, wurde kein eigenes Thema. Sie wurde vielmehr als Schwäche gedeutet. Es gibt aber kaum Vorbilder in der Geschichte für einen solchen Vorgang. Selbst die schwächsten Gewaltregime neigen gerade im Stadium ihres Untergangs gesetzmäßig dazu, eine Orgie von Gewalt, Zerstörung und Selbstzerstörung anzurichten und alles um sie herum in ihren eigenen Untergang mitzureißen – wie exemplarisch beim Untergang des NS-Reiches zu sehen war.

Die Sowjetunion des Jahres 1989 unter Gorbatschow, wiewohl politisch und wirtschaftlich ge-

schwächt, verfügte über das größte Atompotential, sie hatte eigene Truppen auf dem gesamten Gebiet ihrer Herrschaft stationiert. Es wäre ein Leichtes gewesen, das alles zu mobilisieren. Das wurde ja auch von vielen Vertretern des alten Regimes vehement gefordert.

Mit dem historischen Abstand wird noch viel deutlicher, welche staatsmännische Leistung es war, lieber „Helden des Rückzugs“ (Enzensberger) zu sein, als in einem letzten Aufbäumen als blutige Rächer und Schlächter von der Geschichte abzutreten. Die Wahl, die Michail Gorbatschow fast allein getroffen hat, hat ihm nicht zuletzt die Enttäuschung vieler seiner Bürger eingebracht. Es hieß, er habe nachträglich den Großen Vaterländischen Krieg verloren.

Die großen Reformer haben Mut bewiesen, sie werden heute gerne vergessen

Wie ein stummes Mahnmal gigantischer europäischer Undankbarkeit steht dafür der erschreckend private Charakter der Trauerfeier um den wohl größten Staatsmann unserer Zeit auf dem Moskauer Prominenten-Friedhof. Es wäre ein Gebot der Stunde gewesen, dass die Granden Europas Michail Gorbatschow, der längst im eigenen Land isoliert war, ihre Hochachtung und ihren Respekt erwiesen hätten, indem sie sich vor ihm verneigten.

Zumindest aus Deutschland, das fast ihm allein das Glück der Wiedervereinigung verdankt, hätte ein Bundespräsident Steinmeier an diesem Grab stehen müssen. Die Einsamkeit um diesen Toten war unerträglich. So nutzte ausgerechnet Viktor Orbán die Chance, diesen

Boykott einer angemessenen Würdigung zu unterlaufen. Es bleibt ein beschämendes Zeichen, ein Menetekel historischer Ignoranz. Wenige Tage später drängelten sich die Repräsentanten des europäischen Zeitgeistes dann alle mediengerecht am Grab der englischen Queen und des deutschen Papstes Benedikt XVI.

Bis heute ist mir schwer verständlich, warum es nicht zumindest eine Demonstration der Dankbarkeit bei den eigentlichen Profiteuren dieses Gewaltverzichtes, bei den Bewegungen der friedlichen Bürgerproteste gegeben hat. Gerade sie hatten ja hautnah die Ängste erfahren, was alles hätte passieren können, wenn es 1989 in Ost-Berlin eine ähnliche Reaktion wie bei den Studentenprotesten in Peking gegeben hätte.

Und tatsächlich ist ein Teil der heutigen Zurückhaltung im Osten Deutschlands gegenüber der einseitigen Anprangerung Russlands wohl dieser anhaltenden Dankbarkeit zuzuschreiben. Mediale Wortführer und Interpreten aber wurden andere – und sie wurden immer dreister. Immer kleiner wurde in ihren Interpretationen der Anteil am Verdienst der Gewaltfreiheit auf sowjetischer Seite, immer wirkmächtiger wurde die Legende von der eigenen großartigen Widerstandsleistung.

Alle kundigen Zeitzeugen wissen genau, dass der Widerstand und der Heldenmut von Joachim Gauck, Marianne Birthler, Katrin Göring-Eckardt durchaus maßvoll war und den Grad überlebenstüchtiger Anpassung nicht wesentlich überschritt. Manche Selbstbeschreibungen lesen sich aller-

dings heute wie Hochstapelei. Sie verschweigen oder verkennen, was andere Kräfte zum großen Wandel beitrugen und dass mancher Reformier im System keineswegs weniger Einsatz und Mut gewagt hatte.

Billige antirussische Ressentiments

Das mag menschlich, allzu menschlich sein und also nicht weiter erwähnenswert. Fatal allerdings ist, dass dieser Teil der Bürgerrechtler heute zu den eifrigsten Kronzeugen eines billigen antirussischen Ressentiments zählt. Dies knüpft dabei bruchlos an jene Ideologie des Kalten Krieges an, die vom berechtigten Antistalinismus über den verständlichen Antikommunismus bis hin zur irrationalen Slawenphobie viele Varianten von westlichen Feindbildern bis heute prägt.

Die wichtigsten Fragen, die heute zwischen Ost und West verhandelt werden müssten, lauten: Was bedeutet es eigentlich, eine europäische Nation zu sein? Was unterscheidet uns von anderen? Welche Fähigkeiten muss eine Nation erwerben, um dazuzugehören? Was sind die Lehren unserer Geschichte? Welche Ideale prägen uns? Welche Irrtümer und Verbrechen? Diese Fragen werden in aller Deutlichkeit wachgerufen am Beispiel der Ukraine und ihres Abwehrkampfes gegen die russische Aggression.

Europa sollte nicht immer auf der Suche nach Schurkenstaaten sein

In unseren Medien verkörpert die Ukraine das Ideal und Vorbild einer freiheitsliebenden westlichen Demokratie heroischen Zuschnitts. Die Ukraine, so heißt es, kämpfe nicht nur für ihre

eigene Nation, sondern zugleich für die universale historische Mission des Westens. Wer sich machtpolitisch behauptet, wer seine Existenz mit blutigen Opfern und Waffen verteidigt, gilt als Bollwerk für die europäischen Ideale der Freiheit, koste es, was es wolle. Wer aber den Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und der Versöhnung sucht, gilt als schwach und deswegen als irrelevant, ja als verachtenswert. Von daher sind Gorbatschow und Selenskyj die eigentlichen Antitypen in der Frage, was es heute heißt, Europäer zu sein und die europäischen Tugenden zu verkörpern.

Neben diesem Hang zum Heroischen und zur Selbsterhöhung liegt hier die Wurzel, die ich für den Grundirrtum einer europäischen Identität halte: das scheinbar unausrottbare Bedürfnis nach nationalem Chauvinismus. Jahrhundertlang haben nationale Exzesse die Geschichte unseres Kontinents geprägt. Keine Nation war frei davon: nicht die Franzosen, schon gar nicht die Briten, nicht die Spanier, nicht die Polen, nicht die Ukrainer, nicht die Balten, nicht die Schweden, nicht die Russen, noch nicht einmal die Tschechen – und schon gar nicht die Deutschen.

Es ist ein fataler Irrtum, zu meinen, durch den Widerstand gegen die anderen imperialen Mächte gewinne der eigene Nationalismus so etwas wie eine historische Unschuld. Das ist Selbstbetrug und einer der folgenschwersten europäischen Irrtümer. Er verführt auch heute noch viele junge Demokratien dazu, sich nur als Opfer fremder Mächte zu sehen und die eigene Gewaltgeschichte, die eigenen Gewaltphantasien für berechtigt

zu halten. Was Europa immer wieder zu lernen hatte und historisch meist verfehlte, ist die Kunst der Selbstbegrenzung, der friedlichen Nachbarschaft, der Fairness, der Wahrung gegenseitiger Interessen und des Respektes voreinander. Was Europa endlich verlernen muss, ist das ständige Verteilen von Ketzerhüten, das Ausmachen von Achsen des Bösen und von immer neuen Schurkenstaaten.

Die Vision von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher

Ach Europa! Jedes Mal, wenn wieder eine der großen Krisen und Kriege des Kontinents überstanden war – nach dem 30-jährigen Krieg, nach dem Feldzug Napoleons gegen Russland, nach zwei Weltkriegen, nach dem Kalten Krieg –, konnte man hoffen, der machtpolitische Irrweg sei nun durch bittere Erfahrung widerlegt und gebe einem überlebenstüchtigeren Weltverständnis endlich Raum. Und jedes Mal fielen wie durch einen Fluch die Völker Europas wieder der Versuchung anheim, den Weg der Dominanz und der Konfrontation zu gehen.

Umso wertvoller ist aber das große Gegenbeispiel: Gorbatschows Hoffnung, dass auch für alle ehemaligen Staaten der Sowjetunion eine neue Sicherheitsordnung möglich sei, die den unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnissen gerecht werden würde, war in der [Charta von Paris](#) durchaus angedacht als Raum gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Kooperation zwischen dem alten Westeuropa und den neuen östlichen Staaten. Das war damals auch die Vision von

Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher. Aber es gab keinen Plan, kein Konzept, die Vision war einfach zu undeutlich.

Der Krieg verschlingt sinnlos die Milliarden

Wie schnell sich wieder das Gefühl des leichten Triumphes einstellte, lässt sich an einem traurigen Beispiel gut ablesen: am Umgang mit Jugoslawien. Jugoslawien gehörte zu den blockfreien Staaten, es hatte sich rechtzeitig vom Stalinismus gelöst und die jahrhundertalten nationalen Rivalitäten aus der Zeit der Donau-Monarchie einigermaßen befriedet. Es wäre nichts leichter gewesen, als diesem Jugoslawien als Ganzem 1989 eine Öffnung nach Europa und zur EU anzubieten.

Es hätte Zeit gebraucht, aber es wäre möglich gewesen. Man hätte nur darauf verzichten müssen, dem nationalen Drängen der Slowenen und Kroaten zu schnell nachzugeben und das neue Feindbild der aggressiven Serben zu pflegen. Solche Weisheit allerdings fehlte völlig im Überbietungswettstreit um die Anerkennung neuer Nationalstaaten auf dem Balkan. Der bosnische Bürgerkrieg, Srebrenica, die Zerstörung Sarajewos, Hunderttausende Tote und traumatisierte Menschen, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Nato gegen Belgrad, die völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo als selbständiger Staat, das vielfältige Aufbäumen von neuen nationalen Chauvinismen wären vermeidbar gewesen.

Was bedeutet das alles für die unmittelbare Gegenwart und für die deutsche Politik im Jahre 2023? Die Koordinaten haben sich entscheidend verschoben. Bis zum Ende der Regierung Schröder konnte man davon ausgehen, dass

gerade Deutschland aus der Zeit der Entspannungspolitik einen privilegierten Zugang, zumindest einen gewissen Spielraum zum Konfliktausgleich zwischen den großen geopolitischen Spannungsherden innehatte. Diese Zeit ist endgültig vorbei.

Ungefähr im Jahre 2008 begann Putin, dem Status quo zu misstrauen und seinen Machtbereich gegen den Westen auszurichten. Deutschland begann, sich als europäischer Riegenführer im neuen Konzept der Nato zu definieren. Im Rahmen der Reaktionen auf den Ukrainekrieg rückte es endgültig ins Zentrum der antirussischen Gegenstrategien. Das begrüßenswerte, aber medial vielgescholtene Zögern des Kanzlers Olaf Scholz war zu wenig von einer haltbaren politischen Alternative unterfüttert und geriet so ins Rutschen.

Wirtschaftlich und politisch zahlen wir dafür einen hohen Preis. Der deutsche Wirtschaftsminister bemüht sich, die alten Abhängigkeiten von Russland und China durch neue Abhängigkeiten zu Staaten zu ersetzen, die keineswegs als Musterdemokratien durchgehen können. Die Außenministerin ist die schrillste Trompete der neuen antagonistischen Nato-Strategie.

Ihre Begründungen verblüffen durch argumentative Schlichtheit. Dabei wachsen die Rüstungskosten und der Einfluss der Rüstungs- und Energiekonzerne ins Unermessliche. Der Krieg verschlingt sinnlos die Milliarden, die für die Rettung des Planeten und gegen die Armut des globalen Südens dringend gebraucht würden. Das aufsteigende China aber wird propagandistisch als neuer geopolitischer Gegner ausgemacht und in der Taiwan-Frage ständig pro-

voziert. Das sind alles keine guten Auspizien.

Der Frieden und das Überleben des ganzen Planeten

Und dennoch: Wenn mich nicht alles täuscht, steht Europa kurz vor der Phase einer großen Ernüchterung, die das eigene Selbstbild tief erschüttern wird. Für mich aber ist das ein Grund zur Hoffnung. Der so selbstgewisse Westen muss einfach lernen, dass die übrige Welt unser Selbstbild nicht teilt und uns nicht beistehen wird. Die eilig ausgesandten Sendboten einer neuen antichinesischen Allianz im anstehenden Kreuzzug gegen das Reich der Mitte scheinen nicht besonders erfolgreich zu sein.

Wie konnten wir nur annehmen, dass das große China und die Hochkulturen Asiens die Zeit der willkürlichen Freihandels- und Opiumkriege je vergessen würden? Wie sollte der leidgeprüfte afrikanische Kontinent die zwölf Millionen Sklaven und die Ausbeutung all seiner Bodenschätze je verzeihen? Warum sollten die alten Kulturen Lateinamerikas den spanischen und portugiesischen Konquistadoren ihre Willkürherrschaft vergeben? Warum sollten die indigenen Völker weltweit das Unrecht illegaler Siedlungen und Landraubs einfach beiseiteschieben in ihrem historischen Gedächtnis?

Meine Hoffnung besteht darin, dass sich aus all dem eine neue Blockfreienbewegung ergeben wird, die nach der Zeit der vielen Völkerrechtsbrüche wieder am alleinigen Recht der UNO arbeiten wird, dem Frieden und dem Überleben des ganzen Planeten zu dienen.

Die Grünen waren mal Pazifisten

Meine ganz persönliche Niederlage wird mich die letzten Tage begleiten. Gerade die Grünen, meine Partei, hatte einmal alle Schlüssel in der Hand zu einer wirklich neuen Ordnung einer gerechteren Welt. Sie war durch glückliche Umstände dieser Botschaft viel näher als alle anderen Parteien.

Wir hatten einen echten Schatz zu hüten: Wir waren nicht eingebunden in die machtpolitische Blocklogik des Kalten Krieges. Wir waren per se Dissidenten. Wir waren gleichermaßen gegen die Aufrüstung in Ost wie West, wir sahen die Gefährdung des Planeten durch ungebremstes Wirtschaftswachstum und Konsumismus. Wer die Welt retten wollte, musste ein festes Bündnis zwischen Friedens- und Umweltbewegung anstreben, das war eine klare historische Notwendigkeit, die wir lebten. Wir hatten dieses Zukunftsbündnis greifbar in den Händen.

Was hat die heutigen Grünen verführt, all das aufzugeben für das bloße Ziel, mitzuspielen beim großen geopolitischen Machtpoker, und dabei ihre wertvollsten Wurzeln als lautstarke Antipazifisten verächtlich zu machen?

Gegen Hass und den Krieg

Ich erinnere mich an meine grossen Vorbilder: Die härtesten Bewährungsproben hatten die grossen Repräsentanten gewaltfreier Strategien immer in den eigenen Reihen zu bestehen. Gandhi hat mit zwei Hungerstreiks versucht, den Rückfall der Hindus und Moslems in die nationalen Chauvinismen zu stoppen, [Nelson Mandela](#) hatte äußerste Mühe, die Gewaltbereitschaft seiner jungen

Mitstreiter zu brechen, Martin Luther King musste sich von den Black Panthers als zahnloser Onkel Tom verhöhnen lassen. Ihnen wurde nichts geschenkt. Und das gilt auch heute für uns letzte Pazifisten.

Der Hass und die Bereitschaft zum Krieg und zur Feindbildproduktion ist tief verwurzelt in der Menschheit, gerade in Zeiten großer Krisen und existentieller Ängste. Heute aber gilt: Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine Zukunftsoption.

Antje Vollmer war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und hat als Erstunterzeichnerin das [Friedensmanifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer](#) unterschrieben. Vollmer ist Pazifistin und war Gegnerin des Kosovo-, Irak- und Afghanistan-Krieges. Als Autorin hat sie sich intensiv mit den Akteuren des 20. Juli 1944 und dem antifaschistischen Widerstand beschäftigt. Antje Vollmer ist schwer erkrankt. Man kann ihren Text als politisches Vermächtnis lesen – er ist eine große Abrechnung mit dem Zeitgeist.

Mit Euch den Frieden erörtern

Am Radikaldemokratischen Stammtisch

Sonntag, 12. März ab 11.00 Uhr

Thema: Frieden - Ukrainekrieg und kein Ende?

<https://meet.goto.com/410495869>
oder übers Telefon:

Deutschland: +49 721 9881 4161

- Direktwahl:

tel:+4972198814161,,410495869#

Zugangscod: 410-495-869

Termine und Veranstaltungen

Der **Vorstand des RDB/RDS** tagt 2023 zu folgendem Termin:

Freitag **10.3.2023, 15.00**

Am **Samstag, den 18.3.2023, ebenfalls 15.00**, laden wir zu einer **offenen Mitgliederversammlung des Radikaldemokratischen Bildungswerks e.V. / RDS** ein. Thema ist die Planung 2023 und Themenvorschläge für eine analoge Veranstaltung.

Wer teilnehmen möchte bitte unter **info@radikal-demokratische-Stiftung.org** melden, wir schicken Euch dann den Teilnahmelink.

Analoge Treffen

In der Nachbereitung unserer Veranstaltung in Berlin sind wir zum Schluss gekommen, dass unsere Arbeitskapazität als Vorstand auf ehrenamtlicher Basis bisher nicht ausreichen, um mehrere Veranstaltungen pro Jahr qualitativ hochwertig vorzubereiten und zu organisieren.

Wir wollen dies und damit auch die Zukünftige Arbeit der Stiftung auf unserer Mitgliederversammlung zur Diskussion stellen. Dieses Netzwerk kann nur so gut sein, wie die Personen, die sich beteiligen, die Lust haben, dieses Instrument zu nutzen

Radikaldemokratische Dokumentationen

Die Veranstaltung "**100 Jahre Jungdemokraten**" am **31.5-2.6.2019** im Bonn wurde digital aufgezeichnet. Ihr könnt die Veranstaltung komplett auf DVD-DL als Aufzeichnung anfordern.

Historisches Dokument der Veranstaltung 100 Jahre JD/JL !

Mit Beiträgen von

Eva Schaaber, Helga Schuchardt, Wolf-Dieter Zumpfort, Gerhart R. Baum, Theo Schiller, Florian Rödl, Roland Appel, Ingrid Matthäus-Maier, Barbara Schöning, Katika Kühnreich, Malte Krückels, Christoph Kopke, Cony Lohmeyer, Christine Hohmann-Dennhardt, Matthias W. Birkwald, Christoph Strässer und Claudia Roth.

Aufzeichnung des 100 Jahre Treffens ab sofort auf **DVD** unter Angabe von Namen und Postadresse bestellen - vorab Überweisung unter dem Stichwort "**CD 2019**" : für **20 € + 2 € für Porto + Verpackung auf das oben genannte Konto.**

Die Diskussionen der Veranstaltung

"Politisch liberal, radikal und für Frieden in Europa!"

25. August- 26. August 2022 in Berlin:

Entspannungspolitik gescheitert? Was ist die Strategie Deutschlands, der EU und ihrer Verbündeten, den USA zur Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine? mit Beiträgen von:

Dr. Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D., (Grüne), **Prof. Günter Verheugen**, ehem. EU-Kommissar (SPD), **Peter Wahl**, "Attac e.V.", **Prof. Dr. Johannes Varwick**, Uni Wittenberg, **Dr. André Härtel**, Stiftung für Wissenschaft und Politik. **Leitung: Pascal Beucker sowie**

Verhandlungsfrieden, Kriegsermüdung, Eskalation - Wohin treibt der Krieg in Europa und das "Engagement" der USA gegen China die Welt? mit

Jürgen Trittin MdB, Grüne, **Andreas Zumach**, Freier Journalist, **Prof. Dr. Berthold Meyer**, Zentrum für Konfliktforschung, Uni Marburg, **Thomas Hetzer**, ehem. Bundesvorstand der Jungdemokrat*innen, aktiv seit 35 Jahren im Jugendaustausch mit den östlichen Nachbarn Deutschlands
Leitung: Michael Kleff

Auch diese **Aufzeichnung** ab sofort auf **Blue-Ray** unter Angabe von Namen und Postadresse bestellen - vorab Überweisung unter dem Stichwort "**CD 2022**" : für **20 € + 2 € für Porto + Verpackung auf das oben genannte Konto.**

Radikaldemokratische Plakate und Aufkleber

Seit der Veranstaltung zu 100 Jahre Jungdemokraten/Junge Linke 2019 in Bonn haben wir einige Materialien und Aufkleber der JD/JL in historischer Form wieder aufgelegt. Ihr könnt diese "Werke" auf Anfrage per Email erwerben: Plakate Din A3, außerdem Aufkleber wie "Kirchensteuer um Gottes Willen!".



Jungdemokraten/Junge Linke, LHV, LSD, DJD - **MATERIAL IM**

KELLER?

Meldet Euch, wir sorgen für Archivierung und Dokumentation!

Werbung:

Das Standardwerk Appel/Kleff **Grundrechte verwirklichen - Freiheit erkämpfen** 100 Jahre Jungdemo-krat*innen ist noch nicht vergriffen, obwohl es 2019 das erfolgreichste Buch des Academia-Verlages war. Es ist nach wie vor erhältlich mit 15% Rabatt bei uns. (UVP 98,00 €)



Geburtsanzeige:

Landesverband der Jungdemokrat*inn*en/Junge Linke Berlin

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel: 030/23944240 Kontakt: info@jungdemokraten.de

Radikal, demokratisch und bewegt meldet sich zurück.
Ihre erste Publikation: Die Broschüre "Die Geschichte der Jungdemokraten/Junge Linke 40 S. kostenlos zu bestellen bei obiger Adresse.
Eine eigenständige Forschungsarbeit, die neue Aspekte setzt und die Dokumentenlage erweitert. www.jungdemokraten.de

Nachruf auf Klaus Gärtner

Von Wolfgang Kubicki MdB

Klaus Gärtner konnte sehr hartnäckig sein. Ich erinnere mich gut an manche Parteitage, bei denen wir noch lange nach deren Beendigung intensiv über aktuelle politische Bewertungsfragen diskutierten. Er stritt mit offenem Visier. Immer mit heißem Herzen – so war er nun mal –, aber genauso oft mit bedenkenswerten Argumenten. Man musste schon einiges an rhetorischen und inhaltlichen Geschützen aufbieten, um nicht von seiner ebenso programmatischen wie rastlosen Vehemenz überrollt zu werden. Ohne Frage, es war eine andere Zeit. Im weichgezeichneten Rückblick erscheint es mir immer noch als eine solche, in der Politik zuerst aus den besseren Argumenten bestand.

Das bessere Argument war es auch, das Heide Simonis bewog, in Kiel zuerst ihr Finanzministerium, dann die Staatskanzlei mit einer anderen Parteifarbe zu bestücken. Dass Klaus Gärtner fachlich nur wenige das Wasser reichen konnten, war bei uns an der Förde ziemlich offensichtlich. Er wurde ihr Mann für die Organisation ihrer Häuser. Es war immer zu hören: „Ohne ihn will sie nicht.“ Später wandelte es sich zu: „Ohne ihn kann sie nicht.“ Das besondere Vertrauensverhältnis zwischen beiden, das sich auch schon in der gemeinsamen Zeit im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bewährt hatte, spiegelte sich in dieser Konstellation wider. Ich kann mich nur an wenige dieser „fremden“ Besetzungen im unmittelbaren Umfeld erinnern – Hans Friderichs in der Mainzer Staatskanzlei unter Helmut Kohl war so eine, später Thomas Losse-Müller unter Thorsten Albig.

Klaus Gärtner war in dieser Rolle bis zur Selbstvergessenheit loyal, die besondere Bindung zur Ministerpräsidentin war unerschütterlich. Erst der schwere gesundheitliche Schlag, der ihn im Jahr 2000 ereilte, schwächte seine Durchsetzungskraft und riss ihn später aus dieser Erfolgskonstellation. Sein letzter Dienst, so stellten es auch die zeitgenössischen politischen Beobachter fest, war sein Rücktritt im Jahre 2004 – wegen Fehler eines anderen, um Schaden von seiner Ministerpräsidentin abzuhalten.

Klaus Gärtner blieb der Politik nach seinem aktiven Ausscheiden weiter verbunden. Er meldete sich weiter regelmäßig bei mir – bis zuletzt standen wir in Kontakt. Seine Sorge, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland bedroht war, wurde mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine bestätigt.

Klaus Gärtner hat Deutschland von Süden nach Norden durchlebt. Geboren in Baden-Württemberg, tätig im Saarland, Bundestagsabgeordneter für Nordrhein-Westfalen, später für die Regierung in Kiel. Er hat ein reiches und buntes Leben gehabt.

Mit Bestürzung habe ich von seinem Tod unmittelbar vor einem vereinbarten Gespräch erfahren. Seiner Familie wünsche ich für diese schwere Zeit viel Kraft.

Wir trauern um



Horst Eberlein 1964-2022

Horst war ein typischer Einzelkämpfer, ein Charakterkopf, streitbar, wie es sie oft in unseren Reihen gibt. Horst kam aus Bamberg, lebte lange in Berlin und kehrte vor 3 Jahren in seine fränkische Heimat zurück. Über Jahre und Jahrzehnte war er immer der radikaldemokratischen Sache verpflichtet, etwa durch das Portal www.Radikaldemokraten.de, das er aufgebaut hat. Er hat selbstlos viel investiert, dokumentiert und gesammelt und er hat damit einen wichtigen Beitrag zur Dokumentation der jüngeren Geschichte und Gegenwart des kleinen und radikaldemokratischen Jugendverbandes geleistet. Horst ist für uns alle völlig unerwartet und plötzlich am 13.4.2022 verstorben. Farewell, lieber Horst!

**Der Vorstand der
Radikaldemokratischen Stiftung**

Zweifelhafte Umfrage:

Im Zusammenhang mit der "Münchener Sicherheitskonferenz" wurde eine "Umfrage" veröffentlicht, nach der angeblich 89% der Ukrainer auch im Falle eines nuklearen Angriffs weiterkämpfen wollten. Die Umfrage war eine nicht unabhängige Auftragsarbeit der Sicherheitskonferenz. Autorin war die "Kekst CNC Unternehmensberatung und Werbeagentur", in deren Vorstand u.a. die Ex-BamS Chefredakteurin Marion Horn sitzt. Wer die 1.000 Befragten waren, ist nicht bekannt.

Impressum:
Radikaldemokratisches Bildungswerk e.V.
Kirchgässchen 1, 53332 Bornheim / Rheinland
info@radikaldemokratische-Stiftung.org
www.radikaldemokratische-Stiftung.org

Vor 47 Jahren:

Din A 5 Flugblatt der Baden-Württembergischen Jungdemokraten:

- ✂ Religionswissenschaftliche Abteilungen der philosophischen Fakultät an den Universitäten haben die Aufgabe, sich kritisch mit Voraussetzungen, Wirkungen, Ideologie und den wissenschaftlichen Gegenständen der Religionen auseinanderzusetzen.
- ✂ Finanzierungshilfen und Zuschüsse des Staates an die Kirchen sind künftig nicht mehr zu gewähren, sofern sie nicht nach den allgemeinen Grundsätzen der Gemeinnützigkeit vergeben werden.
- ✂ Die Erfüllung der sozialen Aufgaben muß sich staatlich anerkannten, demokratisch kontrollierten und legitimierte Kriterien richten, die sich allein an den Bedürfnissen der Bevölkerung nach optimaler Versorgung orientieren.
Eine an diesen Grundsätzen ausgerichtete und speziell ausgebildete und von hauptberuflichen Kräften ausgeübte Sozialfürsorge gewährleistet eine humanere Betreuung als eine auf ideologischen Einfluß bedachte Caritas. Auf dem Gebiet der Spezialleistungen folgt daraus der Vorrang der staatlichen Sozialhilfe (Abbau des geltenden Subsidiaritätsprinzips). Übergangsweise sind die Kontroll- und Prüfungsrechte des Staates in diesem Bereich wesentlich zu erweitern.
Im Zuge der Abschaffung der staatlichen Kirchensteuer ist eine Sozialsteuer in Höhe von ca. 50 % des bisherigen Kirchensteuersatzes einzuführen. Diese zweckgebundene Steuer ist unmittelbar dem Steueranteil der Kommunen zuzuweisen. Die Kommunen werden hiermit in die Lage versetzt, den bisher von den Kirchen übernommenen finanziellen Anteil bei Investitionen im sozialen Bereich zu übernehmen.
- ✂ Die staatliche Institutionalisierung von Militärseelsorgern und -gottesdiensten ist zu beseitigen.
- ✂ Hinsichtlich ihrer Befreiung vom Wehrdienst sind Geistliche nach den für jeden Bürger geltenden Kriterien zu beurteilen, da ihre bisherige Privilegierung einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz darstellt.
- ✂ Die besondere Repräsentation der Kirchen in öffentlichen Entscheidungsgremien und anderen Organen (z.B. Rundfunkräte, Schulausschüsse, Jugend- und Sozialausschüsse u.a.) ist aufzuheben, soweit sie nicht innerverbindlich demokratisch legitimiert ist.



An die JUNGDEMOKRATEN Ba-Wü
Silberburgstr. 37
7000 Stuttgart 1

Schickt mir mehr Informationen über die JUNGDEMOKRATEN zu.

besonders zu.....

Name.....Beruf.....

Anschrift:.....

Aussendungen, auf Postkarte kleben.

DJD

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN

Kirche und Staat



Christentum und Liberalismus

Liberaler Politik hat zum Ziel die Verwirklichung des in der jeweiligen materiell-historischen Situation möglichen Masses an Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen. In ihrem Verhältnis zur Religion ist es daher für Liberale selbstverständlich, daß sie die Überzeugung jedes Einzelnen achten und die Freiheit der Lebensgestaltung nach dieser Überzeugung zu sichern bemüht sind. Für Liberale ist es jedoch ebenso selbstverständlich, daß sich jede weltanschauliche Gruppe, also auch die christlichen Kirchen, in einer pluralistischen Gesellschaft der gleichberechtigten Konkurrenz mit allen anderen weltanschaulichen Richtungen stellen muß und sich dieser Auseinandersetzung nicht mit Hilfe von staatlich gewährten Privilegien entziehen kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn Organisationen und Verbände auf weltanschaulicher Grundlage versuchen, Staat und Gesellschaft nach ihren Grundsätzen mitzugestalten. Diesen Anspruch erhebt das Christentum in Form der Kirchen, der kirchlichen Verbände und der christlichen Parteien.

Liberaler Politik richtet sich gegen den Mißbrauch der weltlichen Macht zur Durchsetzung von kirchlichen Angelegenheiten (z.B. durch den staatlichen Kirchensteuereinzug) und den mißbräuchlichen Einsatz der kirchlichen Autorität in öffentlich politischen Belangen (z.B. durch Militärgeistliche). Nach Ansicht der Deutschen Jungdemokraten ergibt sich aus den Prinzipien des Liberalen, demokratischen und weltanschaulich neutralen Rechtsstaates die Forderung nach konsequenter Trennung von Kirche und Staat.

Die Jungdemokraten wissen sich bei diesen Bemühungen in Übereinstimmung mit wesentlichen Teilen der progressiven Christen. Es ist für sie - bei der klaren Anerkennung aller unterschiedlichen Positionen - selbstverständlich, daß sie bei dem Versuch der demokratischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zur Zusammenarbeit mit diesen progressiven Christen bereit sind wie etwa mit anderen Verbänden.

Liberalismus ist aufklärerisch-rational. Er geht davon aus, daß menschliche Erkenntnis prinzipiell unvollständig und fehlerhaft ist und sieht den Prozeß menschlicher Erkenntnis prinzipiell als ungeschlossen und unabgeschlossen an. Religion ist demgegenüber dadurch gekennzeichnet, daß sie sich im Besitz letzter Wahrheiten glaubt und ist daher irrational. Liberalismus und Religion befinden sich somit in einem grundsätzlichen erkenntnistheoretischen Konflikt. Liberalismus wendet sich gegen diese Ableitung menschlichen Handelns aus dogmatischen Wertsystemen, die den totalen Anspruch auf letzte Wahrheiten erheben und setzt sich ideologiekritisch mit den Zielen, Inhalten und Forderungen des Christentums auseinander. Dabei haben die Liberale auch die Aufgabe, den Beitrag des Christentums zur gesellschaftlichen Emanzipation zu hinterfragen sowie die ideologiebildende und herrschaftsstabilisierende Funktion der Kirchen unter den Bedingungen des Spätkapitalismus bewußt zu machen.

Liberaler Politik hat durch rationale Aufklärung der Bevölkerung das Instrumentarium zur ideologiekritischen Auseinandersetzung mit Anspruch und Verwirklichung des Christentums bereitzustellen und zur rationalen Bewältigung des Verhältnisses von Gesellschaft und Religion beizutragen. Die Liberale haben dabei keinerlei Anlaß, sich mit dem Christentum nicht ebenso kritisch auseinanderzusetzen wie etwa mit Nationalisten, Konservativen, Sozialisten, Kommunisten, usw. und können daher das in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Tabu nicht beachten.

✂ Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen (z.B. auf Grund der Säkularisierung von Kirchenvermögen im 19. Jahrhundert) sind zu beenden.

✂ Das im Personenstandsgesetz verankerte Recht zur Befragung nach der Konfession bei Personalangelegenheiten ist zu streichen, da dies im Widerspruch zum eindeutigen Wortlaut der Verfassung steht: "Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren." (Art. 136, Abs. 3, Satz 1 Weimarer Verfassung in Verbindung mit Art. 140 GG)

✂ Alle Gesetze sind von moraltheologischen und religiös motivierten Bestimmungen zu befreien. (z.B. im Strafrecht Gotteslästerung, Teile des Sexualstrafrechts.)

✂ Auf die Verwendung sakraler Symbole und Formeln (Kreuzifix, Eid) ist im Bereich aller staatlichen Institutionen (z.B. Gericht, Schule) zu verzichten.



„Für so Revolvazzer wie Sie ham wir z.Z. in Deutschland nix übrig, Herr Paul!“

Forderungen der Jungdemokraten

Im Bereich des öffentlichen Rechts

- ✂ Die Kirchen sind von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in privatrechtliche Institutionen umzuwandeln und den allgemeingültigen vereinsrechtlichen Bestimmungen zu unterwerfen. Die Möglichkeit, Mitglied in Kirchen zu werden, ist an das Erreichen der Religionsmündigkeit zu knüpfen.
- ✂ Das staatliche Kirchensteuereinzugsverfahren ist zu beseitigen, da es nach Ansicht der Deutschen Jungdemokraten mit dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat nicht zu vereinbaren ist.
- ✂ Die Kirchenverträge und Konkordate sind aufzukündigen, da diese Abkommen bestimmte Bekenntnisse privilegieren und damit gegen das Gebot weltanschaulicher und religiöser Neutralität verstoßen.
- ✂ Das Grundgesetz und die Landesverfassungen sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie dem Grundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität entsprechen. Bestimmungen, die diesem Grundsatz widersprechen, sind zu streichen.

Im Bereich staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen

- ✂ Die religiös und weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule ist als staatliche Regelschule in allen Bundesländern und Landestellen einzuführen.
- ✂ Art. 7 des Grundgesetzes ist dahingehend zu ändern, daß Religionsunterricht kein Lehrfach an staatlichen Schulen ist.
- ✂ Die bevorzugte staatliche Förderung konfessioneller Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten ist einzustellen.
- ✂ Die theologischen Fakultäten sind aus den Universitäten auszugliedern und in den Bereich eigenfinanzierter privater kirchlicher Ausbildungsstätten zu verweisen, da die organisatorische und finanzielle Unterstützung von Geistlichen nicht Sache des Staates ist, und die Ausbildung an den Universitäten ausschließlich auf wissenschaftlicher Basis zu erfolgen hat.